



Dezember 3/2010
Einzelpreis 3 Euro

Rundschau

der Evangelischen Arbeitnehmer

Frohes Fest



Schmalhans oder üppig?
Deutschland -
eine gespaltene Gesellschaft



„Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse durch das Gute!“	4
Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung Die Krankenkassenreform	5
Reaktion auf die Spar-Beschlüsse	5
Hartz IV gerichtsfest machen?	6
Leiharbeit keine Dauerlösung, hier hilft nur gesetzlicher Mindestlohn	7
Aus aller Welt kommen Menschen nach Deutschland	8
Freude Schenken - Vom Geben und Nehmen	9
Einstieg in den Wahlkampf - Christliche Arbeitnehmerverbände sind für die Sozialwahlen gerüstet	10
Christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit Interview mit Georg Hupfauer, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen ACA	11
Was uns trennt, macht stark Zwanzig Jahre deutsche Einheit	12
Unermüdlich im Kampf für Arbeitnehmerrechte Landesdelegiertenversammlung der EAB NRW	14
Unbegreifliches Elend weltweit Warum lässt Gott das zu ?	16
Ende der Probezeit - Neuer Ratsvorsitzender Nikolaus Schneider	17
Auch ich bin -wieder- ein Berliner. Die Stadt meiner Jugend 20 Jahre nach der Wende	18
Termine und Seminare Bundesverband	19
Werben für ein soziales Oberfranken	20
Blick eines Bischofs hinter die Kulissen einer Glasfabrik	20
Milliarden kontrollieren? - Wir trauen uns!	21
Alles klar beim KWA? Die Synode wünscht schon mal alles Gute - Gründung steht noch aus	22
Nicht nur ein Kindertraum	24

Erwartungen, Ängste und Hoffnungen



So könnte man in drei Worten die Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande so kurz vor Weihnachten beschreiben.

Die Erwartungen an unsere Politiker, an unsere Wirtschaft, aber auch an die Träger unserer gesellschaftlichen Werteordnung wie Kirchen, Gewerkschaften und Parteien sollten niemals mit der sogenannten Politikverdrossenheit beantwortet werden. Mündige Bürger sollten besonders die verantwortlichen Politiker immer wieder daran erinnern, dass sie angetreten sind, um Schaden vom deutschen Volke abzuwenden.

Erinnern müssen wir alle Politiker daran, dass das deutsche Volk nicht nur aus der sich mehrheitlich im Aufschwung befindlicher Industrie mit ihren Großunternehmen besteht, sondern überwiegend aus Arbeitnehmern, Arbeitslosen, ALG II-Beziehern, Alleinerziehenden und Rentnern besteht.

Die größte Gruppe der Menschen in der Bundesrepublik hat bisher relativ wenig vom Aufschwung gespürt, noch haben sich ihre Lebensverhältnisse wesentlich gebessert. Ja, bei vielen sind große Ängste vorhanden, sorgen der Jüngeren um eine gesicherte Zukunft, eine gute Berufsausbildung.

Angelegenheiten für die unser sozialer Rechtsstaat verbindliche und verlässliche Regelungen treffen muss. Für ein solidarisches und ein gutes Gesundheitswesen, für das wir alle auch unseren finanziellen Beitrag leisten. Ängste bestehen auch bei einem großen Teile über die neu beschlossenen Laufzeitverlängerungen unserer Atomkraftwerke, mit den Risiken einer umweltverträglichen Endlagerung.

Politik darf sich nicht einfach nur zu Gunsten der

Stromwirtschaft über wissenschaftliche Erkenntnisse und ungelöste Endlagerprobleme hinwegsetzen.

Ängste haben auch viele Menschen, die eine Islamisierung unserer Gesellschaft befürchten. Hier sind wir alle aufgerufen überall dort wo wir auch tätig sind in Kirchen, Parteien, Gewerkschaften und unseren christlichen Arbeitnehmerverbände das größte Gut - unsere freiheitliche Werteordnung – und unser mühsam errungenes Grundgesetz zu verteidigen und zu stärken. Alle Menschen, die dieses Grundgesetz achten und akzeptieren stärken die solidarische Gemeinschaft zum Positiven und das in jeder Weise, egal welcher Nationalität, Herkunft oder Religion sie angehören.

Die größte Gruppe der Menschen in Deutschland hat relativ wenig vom Aufschwung gespürt

Hoffnungen sind immer positiv belegt, deshalb wird sicherlich der etwas mager aussehende Weihnachtsbaum auf unserem Titelbild doch etwas üppiger ausfallen dürfen. Unsere Hoffnungen, aber auch unser Dank

gilt allen Menschen in unserem Land, besonders in den gesellschaftlich relevanten Gruppen, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich für die Menschen im Land, in den Parteien, Kirchen und Arbeitnehmerorganisationen, ganz besonders im BVEA mit seinen angeschlossenen Landesverbänden einsetzen:

Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christ erfüllen.

Das ist und bleibt unser Auftrag. Deshalb, positiv gestimmt, möchte ich Euch allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein in jeder Weise erfolgreiches neues Jahr wünschen.

Euer Werner Künkler

Amt. Vorsitzender des Bundesverbandes Ev. Arbeitnehmerorganisationen BVEA



„Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse durch das Gute!“

die sich selbst verstärkende Wirkung des Bösen ab und unterstreicht die sich durchsetzende Macht des Guten.

Die Jahreslosung begegnete 2010 bereits als Wochenspruch zum „Tag der Vereinten Nationen“, dem 24. Oktober. An diesem Tag rief der Spruch die Anstrengungen zur Gestaltung der Gesellschaft und des Völkerrechts während des Zweiten Weltkriegs in Erinnerung, die den Krieg schließlich beendeten.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion war die Nazityrannei endgültig zu einer Herausforderung für die Völker geworden, die weder in territorialer noch anderer Bezie-

1959 von der Sowjetunion der UNO geschenkt worden ist, im Garten des UNO-Hauptgebäudes steht und den Untertitel trägt: „Wir werden unsere Schwerter zu Pflugscharen schlagen“.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1945 erhielten die Menschenrechte eine herausragende Bedeutung. Auch die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation zogen ihre Lehren aus der Vergangenheit und setzten sich u.a. für die Vereinigungsfreiheit außerhalb des Mutterlandes gelegener Gebiete ein, für die Abschaffung der Zwangsarbeit und für Mindestnormen der sozialen Sicherheit.

Im Römerbrief schließt die Jahreslosung eine Spruchreihe mit Ermahnungen ab. Diese nennen Grundsätze des Gemeinlebens und geben Empfehlungen für das Verhalten gegenüber Nichtchristen.

Der Mensch, der das Gute tut, lässt sich von der Liebe speisen. Die Taten des Menschen werden deshalb falsch und anfällig für das Böse, wenn die Liebe geheuchelt oder als Schauspiel vorgeführt wird. Die Empfänger des Briefes werden also aufgefordert, das Böse zu verabscheuen und sich innigst mit dem Guten zu verbinden.

Für das Verhalten untereinander bedeutet dies eine familiär geprägte Form geschwisterlichen Zusammenlebens. Paulus weiß sehr wohl, dass es einen Wettstreit unter Christen geben kann. Damit dieser nicht in Hochmut ausartet, empfiehlt er, den Mitchristen höher zu achten solle als sich selbst.

Dabei hat Paulus offensichtlich Enthusiasten der Gemeinde vor Augen, die er auf die Aufgaben der Zeit hinweisen muss. Ihnen empfiehlt er keinen hochfliegenden Opportunismus, wenn er zum

eifrigen und feurigen Dienst auffordert. Schließlich geben sie nicht der Welt die Tagesordnung vor, sondern diese stellt sie in ihren Dienst.

Aus dem Brief des Apostel Paulus an die Römer Kapitel 12, Vers 21.

Die Zeitgenossen von Paulus vernahmen aus dem Spruch wenigstens zwei Begründungen für ihr gutes Handeln. Zum einen: So wie der Mensch, der das Gute tut, das Böse besiegt, schützt er das Gute. Zum anderen erinnerte er sie daran, dass auch das Böse Anstoß zum guten Handeln gibt; denn nicht das Böse hilft dem Bösen, sondern das Böse dem Guten. Die Jahreslosung hebt die Willensausrichtung des einzelnen Menschen zum Guten hervor, lehnt

hung eine Bereicherung anstreben. Menschenrechte und Gerechtigkeit sollten gelten. Die ersten Staaten der Vereinten Nationen setzten sich deshalb für Freiheit, Unabhängigkeit und Religionsfreiheit in ihrer Erklärung vom 1. Januar 1942 ein.

Die Friedenssehnsucht der Menschen erhielt einen neuen Impuls. Sinnfällig ist er durch die Bronzestatue des russischen Künstlers Evgeniy Vuchetich zum Ausdruck gebracht, die

Die Friedenssehnsucht erhielt einen neuen Impuls

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung

Fröhlich sollen sie ihrer Hoffnung leben, in schweren Zeiten nicht vorzeitig aufgeben und immer wieder zum Gebet zurückkehren. Ein offenes Herz für die Nöte der Mitchristen gehört dazu und Gastfreundschaft für die reisenden Mitchristen.

Und sollten sie selbst einmal unterwegs sein und kein offenes Haus finden, sondern geschmäht und verfolgt werden, ruft Paulus ihnen das Wort Jesu in Erinnerung, nicht zu verfluchen, sondern zu segnen. Dann spricht Paulus von der Gleichgesinntheit und der Eintracht, deren Kern und seine Ausprägungen das Bundeslied des BVEA kennt: „Komm, Herr, segne uns, dass wir uns nicht trennen, sondern überall uns zu dir bekennen. Nie sind wir allein, stets sind wir die Deinen. Lachen oder Weinen wird gesegnet sein.“

Paulus empfiehlt gegenüber den Nichtchristen den Verzicht auf Vergeltung und die Wahrung des Friedens. Die aus dem Gleichnis vom Weltgericht (Mt. 25, 31-46) bekannten guten Verhaltensweisen, für die Jesus die Schafe mit seiner ewigen Gemeinschaft belohnt, kehren in der Beschreibung bedürftiger Feinde bei Paulus wieder.

Wenn der Feind hungert, soll er gespeist werden, wenn er durstet, getränkt werden; denn dann wird Christus gleichsam feurige Kohlen auf den Häuptern der Feinde sammeln.

Paulus meint also, dass die Feinde Scham über ihre Lage und ihre Einstellung empfinden werden und zu friedlichem Verhalten geführt werden können.

Das Weihnachtsfest vor dem Beginn des neuen Jahres gibt Gelegenheit sich auf die Quelle des Guten zu besinnen und das Bündnis mit der Liebe zu erneuern. Dazu gehört auch die von Paulus beschriebene Atmosphäre zu beachten.

*Dr. Christian Homrichhausen
(theol. Berater des BVEA)*



Die Krankenkassenreform

Beitragssatz:

Ab dem Jahr 2011 soll der paritätische Beitragssatz auf 15,5% erhöht und dauerhaft festgeschrieben werden. Arbeitnehmer sollen davon 8,2 Prozent, Arbeitgeber 7,3 Prozent aufbringen. Die steigenden Beitragseinnahmen, ein zusätzlicher Steuerzuschuss von zwei Milliarden Euro und ein Bündel von Sparansätzen werden dafür sorgen, dass das drohende Defizit abgewendet wird.

Zusatzbeitrag:

Weitere Ausgabensteigerungen sollen über Zusatzbeiträge finanziert und somit ausschließlich von den Versicherten getragen werden. Die Höhe zukünftiger Zusatzbeiträge legt jede Krankenkasse individuell fest. Er soll künftig ausschließlich pauschal und nicht mehr prozentual erhoben werden.

Sozialausgleich:

Überforderungen will die Bundesregierung durch einen Sozialausgleich vermeiden. Dafür wird ein kassenübergreifender durchschnittlicher Zusatzbeitrag errechnet. Überschreitet dieser Beitrag zwei Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens eines Beitragszahlers, erhält er einen Ausgleich. Das alles soll der Arbeitgeber beziehungsweise der Rentenversicherungsträger abwickeln.

Reaktion auf die Spar-Beschlüsse

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, mit großer Betroffenheit haben wir über die Medien erfahren, dass die Sparbeschlüsse vom 01.09.2010 im Besonderen die Arbeitslosen u. Hartz IV-Empfänger sowie zukünftige Rentnerinnen und Rentner betreffen.

Im Einzelnen werden folgende Leistungen zu Lasten der Armen und Arbeitslosen gekürzt bzw. ganz gestrichen:

- Der befristete Zuschlag beim Übergang von ALG I nach ALG II
- Der Zuschuss zur Rentenversicherung
- Elterngeld für Hartz IV-Empfänger,
- Der Heizkostenzuschuß für Wohngeldempfänger

Genauso wie Sie sind wir davon überzeugt, dass angesichts der noch nicht überstandenen Krise - mit der dadurch verbundenen Staatsverschuldung - gespart werden muss. In dem jetzt verabschiedeten Gesetz steckt jedoch nicht nur eine gravierende und unsoziale Ungleichbehandlung, sondern es wird auch außer Acht gelassen, dass die verantwortlichen Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise - die der Volkswirtschaft Schäden in Milliardenhöhe zugefügt haben - zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Hartz IV gerichtsfest machen? Konstruktionsmängel beginnen zu nerven

Im Gegenteil, Banken und Bänker werden national und international - dank ihrer Lobbyarbeit und ihrer angeblichen „Systemrelevanz“ - nicht nur mit einem Milliardenfond gestützt, sondern mit einer Bankenabgabe in Höhe von 1,2 Mill. €, die dem Staatshaushalt verlorengeht, trotz ihrer gigantischen Abzocke geschont - zu Lasten der Steuerzahler.

Gleichzeitig haben CDU/CSU und FDP sowohl Steuererhöhungen für Besserverdienende als auch die Vermögenssteuer abgelehnt.

Wer den Arbeitslosen u. Hartz IV-Empfängern von ihrem wenigen Besitz nun unverhältnismäßig viel nimmt, schafft nicht nur mehr Ungerechtigkeit und Armut, sondern trägt auch dazu bei, in unverantwortlicher Weise eine noch größere Altersarmut vorzubereiten. Zumal die Kürzung der Rentenbeiträge durch die Sparbeschlüsse eine negative Rentenentwicklung zur Folge hat.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir hoffen, dass unser Anliegen von Ihnen - im Sinne des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland - ernst genommen wird.

Gesellschaftspolitischer Ausschuss der Evangelischen Arbeitnehmer Bewegung NRW e.V.

So berichteten die öffentlich-rechtlichen Medien über die Beratungen der Bundesregierung, das ALG2 - gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes - zu korrigieren.

Dabei hatte das Oberste Gericht der Bundesrepublik Deutschland den Regierenden die verpflichtende Aufgabe gestellt, das Gesetz in seiner Durchführung transparenter und nachvollziehbarer zu machen.

Dazu zählen an erster Stelle für die ALG2-Bezieher ein auskömmliches Dasein sowie eine Teilhabe an Kultur, Bildung usw.

Erinnern wir uns aber daran, was ursprünglich im Rahmen der Agenda 2010 mit dem neuen ALG2 beabsichtigt war. Alle Menschen sollten dem Arbeitsmarkt so schnell wie möglich wieder zur Verfügung stehen. Auch diejenigen, die seit Jahren Sozialhilfe bezogen.

Damit war die damalige rot-grüne Koalition auf dem richtigen Weg. Ein Weg, der sich jedoch in der Praxis mehr als holprig darstellte .

Der größte Mangel war bei diesem, mit der heißen Nadel gestrickten Gesetz, dass man Kinder wie kleine Erwachsene behandelte - bis hin zum Rauchwaren- und Alkoholkonsum. Der Gesetzgeber legte keinerlei Sachaufwand (Schul- und Lernmittel) zugrunde - geschweige denn eine warme Mahlzeit. Für die Kinder war kein Langzeitunterricht vorgesehen - abgesehen von dem Aufwand, der eine sportliche Förderung möglich machte.

Der größte Mangel des ALG2 lag jedoch darin, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - unabhängig davon, wie sie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten - spätestens nach zwei Jahren mit Menschen gleichgestellt wurden, die noch nie gearbeitet hatten. Zur Verdeutlichung: Es handelt sich dabei um Menschen, die 30 Jahre und mehr gearbeitet haben und unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren.

Es geht um soziale Gerechtigkeit

Nach den Bestimmungen des ALG2 mussten die Betroffenen - obwohl sie auf eine langjährige Berufserfahrung zurückgreifen konnten - bei den Arbeitssämtern eine Art „Offenbarungseid“ leisten, indem sie ihre Lebensversicherungen, zusätzliche Altersversorgungs-



Besuch beim Opel Gesamtbetriebsrat:

Im Rahmen des Landesverbandstages der EAB NRW besuchten die Delegierten den Betriebsrat der Adam Opel AG in Bochum. Mit Nachdruck forderte Werner Künkler von der Konzernleitung eine Arbeitsplatzgarantie für die Arbeitsplätze in Europa. Die Betriebsräte informierten über den Stand der Bemühungen, die christlichen Arbeitnehmer erklärten sich solidarisch mit dem Kampf der Kollegen um ihre Arbeitsplätze.

verträge, Sparkontenangaben, um diese erst „aufzubrechen“ bevor es ALG2 gab. Politisch stellten die Regierenden sich auf den Stadtpunkt, dass „Vermögende“ nicht auf Kosten der Solidargemeinschaft „zusätzliches“ Geld bekommen. Von der Anwendung her betraf dies 0,4 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Vermögensverhältnisse praktisch jederzeit überprüfbar sind.

Die Folgen dieser ungerechten Bestimmungen haben nicht nur bei den Gewerkschaften und Sozialverbänden Proteste erzeugt. Sie veränderten auch die politische Landschaft in Deutschland (die Linkspartei zog in Landtage und in den Bundestag als gewählte Partei ein).

Leider wurde durch die vorgeschlagene Neufassung - und ihrer lächerlich, skandalösen 5,00 € Erhöhung - eine große Chance vertan, die das neue ALG2-Gesetz für die Menschen bedeutet hätte. Vertan wurde die Chance aus politisch falscher Rücksichtnahme gegenüber dem kleinen Koalitionspartner FDP.

Als Folge davon werden weiterhin (z.Z. 50% - Tendenz zunehmend) Proteste gegen ALG2-Bescheide erhoben. Die von der Bundesregierung angesprochenen finanziellen Mehrbelastungen werden nicht von den Ärmsten verursacht.

Sie gehen mit über 200 Milliarden € zu Lasten der Banken (Hyporeal, Landesbanken und andere Banken). Die Manager dieser Banken haben unser Land durch ihre rücksichtslose Abzockmentalität in Not gebracht und kassieren dafür noch Zusatzvergütungen auf skrupellose Weise.

Wir hoffen, dass sich die politisch Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland darauf besinnen, dass es um soziale Gerechtigkeit geht und nicht um die Gerichtsfestmachung des ALG2!

Werner Künkler, EAB NRW



Leiharbeit keine Dauerlösung

Hier hilft nur gesetzlicher Mindestlohn

Mit dem neuen Tarifabschluss in der stahlerzeugenden Branche haben die Tarifvertragsparteien in einer Branche die sich im Aufschwung befindet, zum richtigen Zeitpunkt mit der Neuordnung der Leiharbeitsbedingungen für die Zukunft gleicher Lohn für gleiche Arbeit ausgehandelt.

Die Leiharbeiterbranche protestiert dagegen vehement, war sie doch bisher Nutznießer der überwiegend missbräuchlichen Anwendung der Leiharbeit.

Erinnern wir uns, die Leiharbeit war nur dafür gedacht, dass Firmen, die konjunkturell bedingt schnell Personal aufbauen mussten, aber sich nicht sicher genug waren, aus unterschiedlichen Erwägungen, feste Arbeitsplätze einzurichten, auf Leiharbeiter zurück zu greifen.

Es war nie daran gedacht worden, wie es zur Zeit in vielen Großunternehmen zunehmend passiert, Leiharbeiter zu geringen Löhnen für gleiche Arbeit neben den Stammbeschäftigten einzustellen bzw. auszutauschen.

Die Leiharbeiterbranche darf und kann sich nicht in Zukunft darauf einrichten

und davon profitieren, dass eine immer größere Zahl von Arbeitssuchenden, ohne eine gute Zukunftsperspektive, sich auf schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse einlassen muss.

Wenn die z. Zt. regierende Koalition den Tarifvertragspartnern aufgibt, diese Angelegenheit im Rahmen der Tarifautonomie zu regeln, dann ist der Tarifabschluss der Stahlerzeuger in der Tat ein Meilenstein in die richtige Richtung.

Eine Branche wie die Leiharbeiterbranche kann in einer sich im Aufschwung befindenden Wirtschaft, mit ihren miesen und unsozialen Praktiken, sicherlich keinen Wechsel auf die Zukunft erwirken.

Hoffen wir nur, dass die marktwirtschaftliche Entwicklung die Leiharbeit gänzlich überflüssig macht.

Wenn im Mai 2011 die Dienstleistungsgrenzen in der EU fallen, dürfen auch Leiharbeitsfirmen aus Osteuropa ihre Dienstleistungen als Billiganbieter offerieren. Dann hilft nur der gesetzliche Mindestlohn, um wirtschaftlichen Schaden zu vermeiden.

Rundschau Redaktion

Freude Schenken

Vom Geben und Nehmen

Die Zeit der Feiertage liegt vor uns: Die Wochen des Advents, der Nikolaustag, der Heilige Abend, die Weihnachtstage, Silvester, der Neujahrstag und Epiphania.

Mit dem Weihnachtsfest verbinden die meisten Menschen die schönsten Kindheitserinnerungen. Grundsätzlich haben Rituale eine große Bedeutung für unser Leben. Dazu gehört auch das Geschenkritual. Wir schenken, weil es uns zuerst guttut und dann erst dem anderen. Die Begeisterung für das Schenken ist keine Sache des Vermögens. Wer wenig hat, schenkt mit ziemlich dem gleichen Spaß wie jemand, der etwas mehr besitzt. Bereits kleine Geschenke machen die Schenkenden glücklich.

Das Schenken soll Menschen verbinden. Mit einem Geschenk demonstrieren wir, dass wir an den anderen gedacht haben. Durch das Schenken werden auf alle Fälle soziale Beziehungen gefestigt. Das menschliche Handeln berührt grundsätzlich das Verhältnis zu allen anderen Menschen. Sobald der Gebrauch der Güter eine Rolle spielt, gibt es Überlegungen zur Weitergabe von Gegenständen: Tausch, Verkauf, Vermietung, Verpachtung, Leihe oder Geschenk. Alle diese Aktionen vermitteln den beteiligten Personen die Erfahrung, gemeinsam mit mit anderen zu leben, und zwar möglichst ohne Streit oder gar Gewalt.

Andererseits wird dem Empfänger einer Gabe bewusst, dass er mit dem Geschenk verantwortungsvoll und auch gemeinnützig umgehen soll. Das führt zur Anerkennung der in vielen Kulturen und Religionen formulierten „Goldenen Regel“: Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen!

Aus christlicher Überzeugung folgt daraus die Glaubenserkenntnis, dass jeder Mensch sowie Christus alle materiellen und auch ideellen Bedürfnisse in Demut und Freiheit von Gott als Geschenk erfüllt bekommt. Der Mensch darf nicht von sozialen, wirtschaftlichen und



politischen Strukturen instrumentalisiert werden. Er hat nämlich die Freiheit, sich in seinem Leben auf sein letztes Ziel auszurichten, das schließlich die Erfüllung seines Schicksals darstellt, nämlich das Geschenk Gottes mit dem Übergang in sein Reich. Eine wesentliche Aufgabe, die Gott, der Schöpfer, den Menschen zugewiesen hat, umfasst die Aufforderung, die Erde zu bebauen und den Garten Eden zu hüten. Diese Güter und die Lebewesen, die der Mensch nicht geschaffen oder erworben, sondern als kostbare Geschenke erhalten hat, muss er in seiner Verantwortung vor Gott versorgen und vor Schaden bewahren. Das Werk seiner Hände, die menschliche Arbeit, ist ursprünglich weder Strafe noch Fluch. Sie wird erst nach dem Sündenfall Adams und Evas zu Mühe und Last.

Beim Umgang mit den wirtschaftlichen Gütern stoßen wir schnell auf das Phänomen der Ungleichheit. Armut und Reichtum prägen alle menschlichen Gesellschaften. Reichtum als Merkmal einer sozialen Rangordnung ist nur verworfen, wenn er den Armen gegenüber von Betrug, Wucher, Ausbeutung und Ungerechtigkeiten gekennzeichnet ist. Der Reiche ist ein Mensch, der durch das Werk seiner Hände und eine klugen Haushaltsführung wertvolle Waren oder hohe Geldbeträge erworben hat. Der Arme besitzt nur wenige oder keine dieser Schätze. Beide sollten in der Lage sein, die unterschiedliche Bewertung der Güter zu erkennen und alle Besitztümer als göttliche Geschenke zu

bewahren. Ein Geschenk ist demnach eine Gabe, die der Schenker einem anderen Menschen endgültig und unentgeltlich zugeordnet hat. Einen Empfänger, der aus Not - sei es nach einem religiös motivierten Recht oder einer von der Obrigkeit auferlegten Pflicht für den Geber - einen Fremden um eine Gabe bittet (ein Almosen), nennen wir einen Bettler. Erst im 19. Jahrhundert löste die staatliche Armengesetzgebung die privaten oder kirchlichen Wohltätigkeitseinrichtungen ab.

An dieser Stelle sei eine Geschichte zitiert, die Rainer Maria Rilke während eines längeren Paris-Aufenthalts erlebt hat: Tag für Tag kam er an einer

Bettlerin vorbei. Seine Begleiterin gab der armen Frau jedes Mal einen Obulus, der Dichter nie. Eines Nachmittags fragte sie nach dem Grund. „Wir

**Alles, was ihr also
von anderen erwartet,
das tut auch ihnen!**

müssen ihrem Herzen etwas schenken, nicht ihrer Hand“, so seine Antwort. Am nächsten Tag brachte Rilke der Bettlerin eine aufgeblühte weiße Rose mit. Die Frau blickte hoch, tastete nach der Hand des Mannes, küsste sie - erhob sich dann, ging mit der Blume von dannen und blieb fortan verschwunden. Erst nach acht Tagen saß die Bettlerin wieder am gewohnten Platz. „Aber wovon hat sie all die Tage gelebt, da sie doch nichts erhielt?, fragte die junge Frau den Dichter. Rilke antwortete knapp: „Von der Rose!“

Klaus Reinhardt, RAKÜ e.V., Hamburg



**Sicherheit bei Rente,
Krankheit, Unfall, Pflege.
Ich will weiter mein
gutes Recht.**

**Mit jedem Kreuz
stärker. Christliche Kraft gegen
soziale Ungerechtigkeit**



www.sozialwahl11.info

Einstieg in den Wahlkampf

Christliche Arbeitnehmerverbände sind für die Sozialwahlen gerüstet

Im Rhythmus von sechs Jahren werden die Sozialversicherungsträger durchgeführt. Die nächsten Sozialwahlen stehen 2011 „vor der Tür“, und die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen -ACA-, bestehend aus den Mitgliedsverbänden des Kolpingwerkes, dem Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen -BVEA- und der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung -KAB-, tritt als die Interessenvertretung christlicher ArbeitnehmerInnen gemeinsam auf Bundesebene bei der BfA, den Ersatzkassen BEK, u.a., zur Sozialwahl 2011 an. Die Sozialwahlen 2005 brachten für die

christl. Arbeitnehmerorganisationen ein gutes Ergebnis, denn mit ca. 6 % bei der BfA und knapp 8 % bei der Barmer Ersatzkasse wurde die Fünf-Prozent-Hürde glatt genommen. Der Anteil der christlichen VertreterInnen wurde fast verdoppelt.

Das damalige Wahlergebnis war ein bedeutender sozialpolitischer Erfolg, denn damit saßen wiederum christliche VertreterInnen in den Sozialparlamenten. Sie gingen - gestärkt durch die guten Wahlergebnisse - in die derzeit noch lfd. Legislaturperiode. Nun gilt es diesen Erfolg für die Sozialwahlen 2011 zu festigen und das Ergebnis zu wiederholen - wenn nicht gar zu übertreffen.

Was sind Sozialwahlen?

Alle sechs Jahre entscheiden die Sozialwahlen, wer in dieses Ehrenamt einzieht. Beteiligen können sich alle beitragspflichtig Versicherten, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Dabei stimmen sie für eine der Listen, die von Gewerkschaften und Arbeitnehmervereinigungen zur Wahl gestellt werden.

Auch Christen haben die Verantwortung, sich auf diesem Feld zu engagieren, denn christliche Werte haben nicht nur im privaten Bereich Gültigkeit. Es geht darum, öffentlich für diese christlichen Werte in Politik und Gesellschaft Stellung zu beziehen.

Insbesondere deshalb, da in der heutigen Zeit Solidarität und Gerechtigkeit mehr und mehr ins Hintertreffen geraten.

Somit haben wir durch die Sozialwahlen die Chance, Menschen auf das wichtige Kontrollrecht der Sozialversicherungssysteme hinzuweisen, und uns

dort mit einer nicht zu überhörenden Stimme einzubringen.

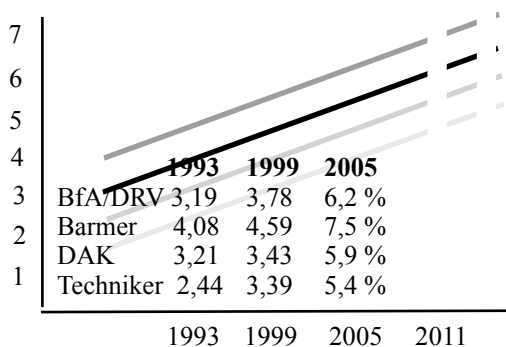
Wer nicht wählt, verschenkt sein Mitspracherecht und lässt Andersdenkende ohne Kontrollmöglichkeiten - und nicht in unserem Sinne - entscheiden!

Nur durch die Sozialwahl besteht für alle Versicherten die Möglichkeit, Menschen und Programme ihres Vertrauens zu wählen, die insbesondere unseren christlichen Werten und Vorstellungen nahe stehen.

Darum gilt es, Menschen für die Sozialwahlen zu sensibilisieren und sie 2011 für die Entscheidungen zu aktivieren, damit wie zuletzt 2005 ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Arbeitnehmerorganisationen ihrer Verantwortung gerecht werden können! Bei Fragen stehen wir bereit, um die Wichtigkeit der Sozialwahlen für die Vertretung der christl. Arbeitnehmerschaft hervorzuheben.

*Michael Foitlinski EAB NRW
Vorstandsmitglied der ACA Bund*

**Sozialwahlen 1993 1999 2005
ACA Wahlergebnisse
BfA/DRV Barmer DAK TK**



Wer wählt was? Alle Träger der sozialen Sicherung - wie Renten-, Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherungen - sind in der Selbstverwaltung organisiert, die aus den gewählten VertreterInnen der Versicherten und Arbeitgeber besteht. Hauptorgan der Selbstverwaltung ist die Vollversammlung (z. B. Verwaltungsrat oder Vertreterversammlung) aller gewählten Mitglieder. Dieses „Versicherungsparlament“ verfügt über erhebliche Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit

Über Beiträge wieder frei entscheiden! - Keine Angst vor Urwahlen

Interview mit dem Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA), Georg Hupfauer.

Sozialwahlen im Jahr 2011. Nicht CDU und SPD streiten hier um Mehrheiten, sondern DGB und ACA kämpfen um Mandate. Es geht nicht um Parlamente, sondern um Verwaltungsräte und Vertreterversammlungen. Was bedeuten für den Bundesvorsitzenden der ACA die Sozialwahlen 2011?

Georg Hupfauer: Die Sozialwahlen sind für uns eine große Herausforderung, Solidarität und Gerechtigkeit gerade jetzt Geltung zu geben. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Kolpingwerk und Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer-Organisationen stehen gemeinsam in der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmer-Organisationen (ACA) für die Grundsätze christlicher Sozialethik.

Wir verteidigen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn es geht um ihr gutes Recht:

Sicherheit bei Rente, Krankheit, Unfall, Pflege. Wir setzen uns ein für Entscheidungsfreiheit und Menschenwürde, für Selbstverantwortung und Selbstgestaltung im Arbeitsprozess.

Nicht ohne uns, das bedeutet doch, dass die ACA-Organisationen sich auch durchsetzen können. Wie sehen Sie die Chancen?

Hupfauer: Politisches Gewicht gewinnen wir mit jeder Stimme. Deshalb auch unser Leitwort für die Wahlkampagne: Mit jedem Kreuz stärker! Jedes Kreuz hinter den gemeinsamen Listen von KAB, Kolpingwerk und BVEA stärkt das Kreuz der Kandidatinnen und Kandidaten, die ein Mandat übernehmen, um christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit zu setzen. Das ist eine klare Botschaft. Darin liegt unsere Chance.

Wenn die ACA wie im Jahr 2005 erfolgreich aus den Sozialwahlen hervorgeht, wie wird sie diese Stärke nutzen können?

Hupfauer: Unser Gewicht werfen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften in die Waagschale, weil wir die Kräfte für die Arbeitnehmerschaft bündeln müssen. Das sollen unsere Wählerinnen und Wähler wissen, wenn sie ihr Kreuz für KAB, BVEA und Kolpingwerk machen.

Kritik an den Sozialwahlen gibt es, weil nicht überall Wahlhandlungen stattfinden. Der Bundeswahlbeauftragte Gerald Weiß will in Zukunft mehr Urwahlen. Wie sieht das der ACA-Bundesvorsitzende?

Hupfauer: In vielen Bereichen gibt es tatsächlich sogenannte Friedenswahlen. Das ist überall da der Fall, wo nur so viele Bewerbungen

eingereicht werden, wie Mandate zu vergeben sind. Zwar werden dadurch Kosten gespart, aber es fehlt die Spannung, ob sich das politische Gewicht innerhalb einer Vertreterversammlung und eines Verwaltungsrates auch nicht einmal verschieben könnte. Wir setzen unsere Hoffnung auf die stattfindenden Urwahlen und konzentrieren unsere Kräfte darauf.

Was und Wer wird gewählt? Unterscheiden sich die Listen in ihren Wahlprogrammen?

Hupfauer: Zu wählen haben die Rentenversicherten sowie die Mitglieder von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften eine Liste mit Kandidatinnen und Kandidaten, die für eine persönliche Überzeugung stehen und sich freiwillig engagieren, um die Selbstverwaltung mitzugestalten. Es geht dabei



darum, den gesetzlichen Spielraum zu gestalten. Unsere Mandatsträger kommen aus drei Organisationen, die als kirchliche Sozialverbände sich auch in die Politik einmischen, um die Rechte der Selbstverwaltung zu stärken. So brauchen wir bei den Krankenkassen wieder die Freiheit, über Beiträge eigenständig entscheiden zu können. In der Politik wollen wir mit der „Sockelrente“ ein Modell durchsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest macht.

Rundschau Redaktion

Gemeinsam mit den Gewerkschaften

Wie erklärt man die Globalisierung?

Am Besten mit den Geschehnissen um Prinzessin Diana.

Sie stammte aus England, ihr Freund aus Ägypten. Beide starben in einem Tunnel in Frankreich, in einem Wagen aus Deutschland, in dem Komponenten aus Ungarn verbaut wurden. Der Fahrer stammt aus Belgien und hatte Whisky aus Schottland getrunken. Ein Paparazzo aus Italien verfolgte sie auf einem Motorrad aus Japan. Ärzte aus Amerika leisteten erste Hilfe mit Medikamenten aus Brasilien. Den Untersuchungsbericht schrieb ein Franzose auf einem PC aus Taiwan, den Arbeiter aus Bangladesch in Singapur in der Fabrik eines Inders gebaut hatten. Alles klar?



Beeindruckend

Viele von uns waren vor 20 Jahren unmittelbar wie mittelbar Zeitzeugen der ersten friedlichen Revolution auf deutschem Boden.

Gerne erinnern wir uns daran, wie sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR und der BRD am Tag der Maueröffnung mit Tränen der Freude in den Armen lagen. Waren es doch für uns alle glückliche und schöne Tage des Aufbruchs - auch in unseren Herzen.

Diese Revolution trug nach mehr als 40 Jahren Unterdrückung und Diktatur in einem Land - das fälschlicherweise Deutsche Demokratische Republik genannt wurde - den Funken der Freiheit in sich, der schließlich zur Deutschen Einheit führte.

Uns Deutsche sollte der dritte Oktober – als Tag der Deutschen Einheit - über alle politisch-ideologischen Grenzen hinweg mit Freude und Dankbarkeit erfüllen.

Denn trotz vieler Fehler, die im Umfeld der Deutschen Einheit vorher und nachher gemacht wurden, hätte vieles anders kommen können. So geschah die Deutsche Einheit friedlich und hat nicht nur unserem Land sondern auch Europa einen sicheren Frieden gebracht.

Dies sollte uns froh und dankbar machen und zu der Erkenntnis führen: „Die Deutsche Einheit ist ein Grund zur Freude und zum Feiern“.

Werner Künkler

East Side Gallery. Die Wandgemälde von internationalen Künstlern auf der Berliner Hinterlandmauer sind auf der Ostseite der Spree zu besichtigen.

TEST THE REST





Unermüdlich im Kampf für Arbeitnehmerrechte

Landesdelegiertenversammlung der EAB Nordrhein Westfalen in Bochum

Nach durchgestandener schwieriger Zeit für den Verband blickt man wieder optimistisch nach vorn. Ca. 80 Delegierte aller Bezirke sprechen dem Vorsitzenden das Vertrauen aus und wählen neue Vorstandsmitglieder.

Grußworte

Karsten Limpert, Pfarrer der Ev. Kirchengemeinde Bochum-Werne, heißt die Anwesenden herzlich willkommen und grüßt sie mit dem Bibelvers aus dem 2. Timotheusbrief, 1, Vers 7: Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.

Ernst-Günter Fischer, Vorsitzende der EAB Bochum-Werne, richtet einige Worte der Begrüßung an die Anwesenden .

Vera Thiemann, Bündnis 90-Die Grünen, Bezirksbürgermeisterin Bochum-Ost, verbindet ihre Grußworte im Namen der Stadt Bochum mit der

Aufforderung an die EAB, in ihrem gesellschaftlichen Bestreben nach sozialer Gerechtigkeit nicht nachzulassen.

Darüber hinaus beglückwünscht sie die EAB Bochum-Werne zu ihrem 100jährigen Jubiläum.

Matthias Gehlhar, stellvertr. Bundesvorsitzender der ACA, hebt in seinem Grußwort die Wichtigkeit der EAB NRW als größten BVEA-Landesverband hervor. Er überbringt die Grüße und Wünsche der EAN Berlin-Brandenburg, und des ACA Bundesvorstandes. Darüber hinaus hebt er die Bedeutung der Sozialwahlen 2011 hervor und weist er auf die Problematik im Kampf um die Listenplätze hin, da die EAB innerhalb des ACA der kleinste Partner ist. Er dankt den Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Wahlen zur Verfügung stellen, um als christliche Vertreter in die Verwaltungsräte der Sozialversicherung einzuziehen.

Rainer Einenkel, Betriebsratsvorsitzender der Adam Opel GmbH Bochum, stellt in seinen Ausführungen die zukünftigen, massiven Probleme des Opelwerkes und geht vor allem darauf ein, dass 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ende 2011 der Verlust ihrer Arbeitsplätze im Stammwerk Bochum droht. Klare Aussage: „Wir lassen uns unser Werk nicht kampflos schließen.“



Bildlegende: von oben rechts nach unten links:

Tagungsraum in Bochum Werne; Dieter Heisig - Industrie und Sozialpfarrer; Ernst Günter Fischer wird von Werner Künkler mit der Ludwig-Fischermedaille ausgezeichnet; Conrad Paetz; Michael Foitlinski, Werner Künkler und Herbert Sowa; Rudi Refke, Werner Künkler, Herbert Sowa, Dieter Wahser;



Conrad Paetz ehrt **Werner Künkler**, der seit 20 Jahren als Vorsitzender die Geschicke des Landesverbandes „mit Klugheit u. Zielstrebigkeit“ leitet. Der Geehrte hat sich das Vertrauen und den Dank der Mitglieder des Landesverbandes durch seine aufopferungsvolle Arbeit verdient.

Entsprechend der Tradition unserer 128jährigen Geschichte hat die Bildungsarbeit unserer Vereine ein hohes Maß an Priorität gewonnen. Innerhalb unseres staatlich anerkannten Bildungswerkes wurden in den vergangenen vier Jahren Frauen und Männer gefördert, damit sie ihre verantwortungsvollen Aufgaben in den Kirchengemeinden, der Politik, den Gewerkschaften und Selbstverwaltungsorganen übernehmen konnten.

Besonders stolz sind wir auch darauf, dass es uns immer wieder gelingt, aus unseren Reihen ehrenamtliche Arbeits- und Sozialrichterinnen u. -richter zu benennen - bis hin zum Bundesarbeitsgericht. Bei der Durchführung und Gestaltung

unseres Bildungsangebotes haben sich in den vergangenen vier Jahren erhebliche Probleme ergeben, die durch die vorherige Landesregierung ausgelöst wurden. Die EAB hat sich Kompetenzen erworben für die Durchführung von Seminaren für pflegende Angehörige

Zwei schwierige Entwicklungen in wirtschaftlicher Hinsicht zeigten sich zunehmend in der Weiterführung unseres Richard-Martin-Hauses in Hilchenbach und Het Zeehuis in Renesse. Trotz aller Bemühungen - insbesondere der beiden Hausleitungen - wurde es angesichts rückläufiger Belegungszahlen unserer Vereine und Bezirke schwieriger bzw. verlustreicher, beide Häuser wirtschaftlich zu erhalten.

Wir wollen in Kirche, Gesellschaft, Politik, Gewerkschaften u. Sozialverbänden weiterhin eine gestaltende Rolle zum Wohle der Menschen in unserem Lande übernehmen. Wie wichtig diese - unsere - Verantwortung ist, hat uns die gesellschaftspolitische Entwicklung der letzten beiden Jahre aufgezeigt.

EAB NRW, Werner Künkler, ge



Bildlegende von oben links nach unten links:

Neuer Vorstand: vl. Dieter Schaper, Rudi Krause, Friedel Hoffmann, Dieter Heisig, Uschi Giller, Wolfgang Schimmel, Heinz Goronzy, Eckhard Jeczowski, Werner Künkler, Reiner Weckeck; Landesverbandsrat zu Besuch in den Opelwerken Bochum;



Betriebsrat der Opel AG Rainer Einenkel mit Werner Künkler; Vera Thiemann, Bezirksbürgermeisterin von Bochum-Ost; Matthias Gehlthar, Bundesvorstand der ACA; Betriebsrat Eienenkel zu Gast bei der Landesdelegiertenversammlung; Werner Künkler, Dieter Wahser und Michael Foitlinski;



Unbegreifliches Elend weltweit

Warum lässt Gott das zu ?

Unsere Zeit ist schnelllebig. Pakistan? War da was? Ach ja, Pakistan ist Rückzugsland von Al-Kaida und - auch von deutschen! -Terroristen. Und: Sarrazin warnt vor dem Islamismus und seinen Folgen für den weiteren Bestand der deutschen Nation. Und weiter: Gehört es sich für einen Bundespräsidenten, dass er in seiner Rede zum 20.Jahrestag der deutschen Einheit sagt, „der Islam gehört zu Deutschland“?

Völlig vergessen scheint dagegen inzwischen zu sein, dass Pakistan als eines der ärmsten Länder der Welt noch immer seit dem Sommer diesen Jahres ums nackte Überleben kämpft nach der größten Sintflut der Neuzeit. 20 Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben, jeder achte Einwohner des Landes. Immer neue Dämme brachen, Brücken und Straßen wurden fortgespült. Ein Großteil der Infrastruktur zur Kommunikation und zur Energieversorgung ist noch immer zerstört. Ernte und Lebensmittel im Wert von mehreren Milliarden Dollar wurden vernichtet. All das ist inzwischen völlig aus den Schlagzeilen bei uns verdrängt. Vorbei, vergessen!?

Das Gleiche gilt für das Erdbeben auf Haiti, das erste katastrophale Ereignis im Jahr 2010. Es forderte am 12. Januar dieses Jahres mehr als 200 000 Todesopfer. Wer erinnert sich heute überhaupt noch daran? In Russland kam es als Folge der wochenlangen Dürre zu Feuerbrünsten allüberall im Land in bislang unbekanntem Ausmaß. In China ver-

ursachten Regenfälle, die nicht enden wollten, unvorstellbare Erdrutsche, die ganz Dörfer verschwinden ließen. Auch das alles: vorbei, vergessen!?

Unbegreifliches Elend weltweit! Vorbei, vergessen!?! Und es betrifft fast immer die ohnehin schon Ärmsten der Armen! Warum lässt Gott das zu? Diese Frage beschäftigt mich schon seit langem und ich muss bekennen, dass mir die Antwort darauf auch heute noch sehr schwer fällt. Der Regionalbischof des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Nürnberg, Karl-Heinz Röhlin, wendet sich gegen eine solche Deutung der Flutkatastrophe und sieht darin einen klaren „Widerspruch zur Botschaft von der Liebe Gottes, die im Zentrum des Neuen Testaments stehe.

„Für Jesus ist Gott keine Macht, die Menschen ins Unglück stürzt. Warum es Katastrophen gibt, bleibt letztlich ein dunkles Rätsel. Der christliche Glaube weiss nicht auf alle bedrängenden Fragen eine Antwort. Deshalb sollten wir uns auch nicht in Spekulationen verlieren. Wir sollten aber im Geiste Jesu alles tun, um Katastrophen zu verhindern und die Not der Menschen zu lindern.“

Ich schließe mich dieser Aussage voll an und meine, dass Gottes Vernunft höher ist als unsere menschliche, und dass wir seinen Weltplan einfach nicht durchschauen können. So unbarmherzig und grausam die Folgen der Jahrhundertkatastrophe auch sind, sie haben schon

heute etwas bewirkt, was es vorher in dieser Form nicht gab: Die Menschheit beginnt zu begreifen, auf welchem fragilen Planeten sie gemeinsam lebt. Bisher verstand man unter Globalisierung im Wesentlichen nur die wirtschaftliche Globalisierung oder – deutlicher ausgedrückt - Kapitalismus pur.

Es bleibt ein dunkles Rätsel

Zum ersten ist es nicht gelungen, durch weltweit abgestimmte Maßnahmen dem Klimawandel wirksam gegenzusteuern - im Gegenteil. Zwei „Klimagipfel“ sind kläglich gescheitert. Noch immer dominieren bei den meisten Staaten die ökonomischen und nicht die ökologischen Interessen. Globale Verantwortung sieht anders aus! Zum zweiten ist es nicht gelungen, der wachsenden Kluft zwischen den Armen und reichen Ländern entgegenzuwirken – trotz vollmundiger Versprechen der Politik. Nur ein konkretes Beispiel: Die entwickelten Länder haben sich seit Jahren verpflichtet, mindestens 0,7% des Sozialprodukts für die Entwicklungshilfe auszugeben. Bei uns in Deutschland dümpelt der entsprechende Wert weiterhin bei 0,3 % dahin und

auch woanders sieht es kaum besser aus. Trotz des Scheiterns der rein marktorientierten und neoliberalen Konzepte, die die Weltwirtschaft an den Rand des völligen Zusammenbruchs geführt haben, herrscht doch - Finanz- und Schuldenkrise hin oder her – weiterhin Kapitalismus pur! Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Denkschrift des Bundesverbandes für Evangelische Arbeitnehmer mit dem einschlägigen Titel „ Arbeit, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung – Antworten evangelischer Arbeitnehmer auf die globale Krise „, die vor einem Jahr erschienen ist und auch in der Rundschau (September 2/2009) vorgestellt wurde.

Was Mut macht ist die Tatsache, dass solche Katastrophen weltweit private Hilfs- und Spendenaufkommen in bislang unvorstellbaren Dimensionen hervorbringen, und dies, obwohl doch die Opfer so weit weg sind. Anfängliche Bedenken, ob die Spenden tatsächlich nur die echt bedürftigen Pakistani erreichen und nicht etwa korrupte Politiker, Drogendealer oder gar Terroristen, konnten inzwischen weitgehend abgebaut werden, insbesondere weil vertrauenswürdige private Hilfsorganisationen die Verteilung der Hilfsgüter übernommen haben.

Eines ist ganz sicher: Noch auf Jahre hinaus wird Pakistan auf unser aller Hilfe angewiesen sein. Lassen wir deshalb nicht nach und öffnen wir weiterhin unsere Herzen und auch unseren Geldbeutel – für Pakistan und die vielen anderen armen Länder unserer Erde! Wenn wir das tun, erscheinen uns so manche typisch deutsche Probleme, Schlagzeilen und Diskussionen plötzlich in einem völlig anderem Licht!

Dr. Gerhard Kühlewind

Werben für ein soziales Oberfranken

Kirchliche Organisationen und Gewerkschaften plädieren für mehr soziale Gerechtigkeit. Plakate prangern die sozialen Missstände an, die abgeschafft werden sollen.

Gewerkschaftliche und kirchliche Organisationen, die sich zu einem Bündnis soziales Oberfranken zusammengeschlossen haben, präsentierten in dezentralen Aktionen ihre Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit. Auf Plakatwänden fordern Katholische Arbeitnehmerbewegung, Gewerkschaftsbund, Betriebsseelsorge der Erzdiözese Bamberg sowie der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt und die Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen gerechtere Löhne, gute Renten, reguläre Arbeit und eine gesicherte Zukunft für die Jugend.

Manfred Böhm, Leiter der Arbeitnehmerpastoral in Bamberg bekräftigte, dass diese Kernanliegen für Oberfranken insofern eine besondere Bedeutung hätten als diese Region zur Abwanderungsregion wurde.

Die Bamberger Vertreter Ralph Korschinsky, KAB, Gottfried Schneider, IG Metall, sowie Martin Becher, afa Bayern stellten ein neues Plakat vor um in der Region ein Bewusstsein für diese grossen Themen zu schaffen.

Das Bündnis ist seit zwei Jahren u.a. in Bamberg aktiv.

Blick hinter die Kulissen

Da kam selbst der Regionalbischof ins Schwitzen. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der afa, der Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der evangelischen Kirche in Bayern, besichtigte Dr. Hans-Martin Weiss das Neuburger Werk von Saint-Gobain Oberland.

Und die Hitze der Produktionsöfen, die Quarzsand zu glühend heißem Glas verwandeln, machte auch vor geistlichen Würdenträgern nicht halt. Zusammen mit 15 weiteren Pfarrerrinnen und Pfarrern sowie ehrenamtlichen Mitarbeitern der afa lernte er sowohl das Unternehmen als auch die Arbeitsbedingungen in dem Glaswerk kennen - und durchaus auch schätzen, wie er nach dem Rundgang sagte: „Manche Betriebe gehen mit der Gesundheit ihrer Mitarbeiter sorgsamer um, als die Kirche.“ Weiss beeindruckten vor allem die Betriebsabläufe, denn schließlich sei ja auch er in seiner Funktion ein Großorganisator. Immer wieder blieb der Regionalbischof stehen und begutachtete die einzelnen Arbeitsschritte. Bernhard Dausend, Landesvorsitzender der afa und zugleich Betriebsratsvorsitzender bei Oberland, führte das Grüppchen durch seine Firma und sprach offen über die Arbeitsbedingungen, aber auch über die Übernahme fast aller Auszubildenden und den besonders in der Neuburger Region eklatanten Fachkräftemangel.

ge

afa Bayern

Wieder weniger Mittel für Arbeitnehmer

Mit Verwunderung habe ich davon Kenntnis nehmen müssen, dass die Evangelische Arbeitnehmerschaft in der Berliner Landeskirche für 2011 nicht in den Kollektenplan mit aufgenommen wird.

Die evangelische Laienarbeit im Bereich Arbeitswelt und Kirche, wie sie von der EAN getragen wird, wird einerseits zunehmend von den kirchlichen Mitteln abgehängt, die in erster Linie von ArbeitnehmerInnen aufgebracht werden. Andererseits fordern unsere Kirchentage, sich aus christlichem Glauben heraus einzumischen, christliche Werte in das Wirtschaftsleben und den Alltag hineinzutragen und zu leben. Glaubt man, dies sei ohne ein Mindestmaß finanzieller Mittel möglich? Wir werden für mancherlei sicherlich gute und sinnvolle Maßnahmen um Kollekten gebeten, für Orgelrestaurierungen und andere kirchliche Vorhaben. Dass aber dem Kollektenausschuss die Arbeit der Kirche mit Betriebsräten und ArbeitnehmerInnen weniger wert sein soll als andere Aktivitäten, das will mir nicht einleuchten.

Volker Scharlowsky/EAN BBsoL Berlin

Buchtipps

Schorlemmer, Friedrich (Hrsg.): Was protestantisch ist. Große Texte aus 500 Jahren, Freiburg, Schorlemmer ist auf gut 300 Seiten ein Kunststück gelungen: er hat gut lesbar eingekürzte Texte von Martin Luther über Karl Marx bis zu Hanns Dieter Hüsch und Wolfgang Huber zu Grundfragen protestantischen Selbstverständnisses gesammelt.

Bündnis Soziales Oberfranken

afa | kda | DGB

Was wir in Oberfranken brauchen:

- Menschengerechte Löhne!**
 - ✓ Mindestlöhne statt Armutslöhne
 - ✓ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Gute Renten!**
 - ✓ Wiedereinführung der Rente mit 65
 - ✓ Erwerbsminderungsrenten ohne Abschlag
- Reguläre Arbeit!**
 - ✓ Unbefristet und sozialversicherungspflichtig
 - ✓ Weniger Leiharbeit, Teilzeit und Minijobs
- Zukunft für unsere Jugend!**
 - ✓ Genügend Ausbildungsplätze und Übernahme in die Betriebe
 - ✓ Keine Studiengebühren

Das ist uns nicht egal – Oberfranken sozial!

Vi.S. e.P. Jürgen Jahn, DGB Oberfranken-Ost, Bahnhofstr. 1, 95444 Bamberg

Milliarden kontrollieren? Wir trauen uns!

Ehrenamtliche in den Sozialversicherungen - die EAN vor dem Wahlkampf zur Sozialwahl

Nancy West von der Rentenversicherung Bund und Dietmar Huse von der IKK berichteten bei der EAN Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz über Entwicklungen in der Selbstverwaltung und die Zukunftsaussichten

der Mitbestimmung in den Sozialparlamenten.

Ein über hundert Jahre altes Mitbestimmungsmodell; Ingo Bielicki gab einen historischen Überblick; kommt regelmäßig in die Kritik, wenn es um die Wahlen geht. Die angedachten Veränderungen in der kritischen „Bremer Studie“ sind zum Teil verständlich. Einhellige Meinung war jedoch, sich dieses Instrument der Kontrolle der Milliardenbeträge, die von den Arbeitnehmern eingezahlt werden, nicht nehmen zu lassen. Die Rentenversicherung ist zufrieden mit dem System, lassen sich so doch Ehrenamtliche einbinden, es geht ja auch um die Besetzung von Richter- und Widerspruchstellen und die Ernennung von Versichertenberatern. Die Krankenkassen sind mit den Friedenswahlen aus Kostengründen ebenfalls zufrieden, senkt dieses Prozedere doch die Kosten. Die fachlichen Anforderungen und Zusammenhänge sind kompliziert und für Laien schwer nachzuvollziehen.

Das Wahlprogramm der christlichen Arbeitnehmerorganisationen in der ACA wurde intensiv diskutiert. Es ist eine gute Basis um den sozialpolitischen Ansatz von BVEA, KAB und Kolping darzustellen und sollte Grundlage für einen erfolgreichen Wahlkampf sein.

Matthias Gehlhar

Oben: Nancy West von der Deutschen Rentenversicherung Bund, Ingo Bielicki, Dr. Christian Homrichhausen, links: Dietmar Huse Innungskrankenkasse



Sozialsprechstunde der EAB Essen Steele

Der EAB-Verein Essen-Steele bietet eine Sozialsprechstunde an, in der die Vereinsmitglieder Horst Kielmann (Jurist) und Reinhard Ziegler Ratsuchenden in sozialer Bedrängnis weiterhelfen.

Besonders mit unserer Sozialsprechstunde (vom ansässigen EAB-Verein betrieben) reagieren wir ganz pragmatisch auf die vielseitige Bedürftigkeit einer wachsenden Zahl von Menschen. Zum materiellen Mangel gesellt sich seelische Bedrängnis, und beides schnürt sich zum Doppelpack, das von vielen nicht mehr allein zu schultern ist. Wir schütteln den Kopf über rätselhafte Bewilligungs- oder Ablehnungsbescheide der Job-Center, staunen ob der subtilen Schikanen von Nachbarn und Vermietern gegenüber Alleinerziehenden und kämpfen uns durch das Dickicht von Zahlungsaufforderungen.

Eines wird über die praktische Arbeit vor Ort hinaus klar erkennbar: Die innere Struktur unseres Gemeinwesens hat sich gewandelt. Es haben sich neue Blöcke gebildet, die das klassische Prinzip der Gewaltenteilung im demokratischen Staat aushebeln. Eine Kapital- und Wirtschaftselite gibt die Zielrichtung vor, die politische Elite setzt diese Vorgaben um. Dem gegenüber hat sich eine Bürgergesellschaft herausgebildet, die von „denen da oben“ nichts Gutes mehr erwartet.

Reinhard Ziegler



Gründung eines neuen Dachverbandes



Alles klar beim KWA?

Die Synode wünscht schon mal alles Gute - Gründung steht noch aus

Gedankenaustausch über die Organisationsmöglichkeiten des neuen Verbandes „Kirche Wirtschaft Arbeit“.

Im Rahmen von ständigen Konsultationen wurden die Möglichkeiten der neuen Organisation ausgelotet. Die Mitglieder erhoffen sich eine bundesweite Präsenz und eine Senkung der Verwaltungskosten, eine innerkirchliche Stärkung, Gewinn öffentlicher Wahrnehmung, Vernetzung von Inhalten und Ressourcen.

Gemeinsame Ziele und Interessen sind in Zukunft besser wahrnehmbar, z.B. die Forderung nach mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigten statt Leiharbeit und Billigjobs. Es gilt die Arbeitswelt und Wirtschaft innerkirchlich, vor allem auch nach außen zu stärken.

Während die Gesamtschau auf die Wirtschaft im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vom BVEA kritisch gesehen wird, ist eine Vernetzung sozial-, wirtschaftspolitischer und theologischer Arbeit zu begrüßen.

Die Vertreter der Evangelischen Arbeitnehmerarbeit sorgen sich über eine Identitätskonfusion, über die unsichere Finanzierung der Vereinsstruktur des BVEA und damit um die Selbständigkeit, der es bedarf, um vom Bundes-

wahlleiter zu den Sozialwahlen zugelassen zu werden.

Die Hoffnung, die AGs Kirche und Handwerk aufzuwerten, sollte nicht auf Kosten der eindeutigen Stellungnahmen für die Arbeitnehmer gehen. Die Bodenständigkeit des Handwerks ist zwar in den Gemeinden und Landeskirchen verankert, spielt aber in der Bundespolitik kaum eine Rolle. Interessenkonflikte, z.B. bei den Zusatzzahlungen für Krankenkassen nur für Arbeitnehmer, sind schon innerverbandlich brisant.

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt, KDA, ebenfalls in den letzten Jahren in seinen Möglichkeiten erheblich eingeschränkt, hat sich auf Einflussnahme in den Unternehmen spezialisiert und setzt dies mit Hauptamtlichen der Landeskirchen um. Kirche und Handwerk, bisher dem Männerwerk angeschlossen, wird ebenfalls von KDA Mitarbeitern getragen und vertritt die selbständige Handwerkerschaft.

Der BVEA als ehrenamtlicher Arbeitnehmerverband, ebenfalls zum kleinen Teil von KDA Mitarbeitern getragen, ist eine Organisation von Ehrenamtlichen und mit seiner hohen Mitgliederzahl in 10 Bundesländern zur Teilnahme an den Sozialwahlen berechtigt. Der BVEA vertritt auch in der ACA eindeutig Arbeitnehmerinteressen und muß dies auch in Zukunft können.

Es gilt in der neuen Struktur nicht zu viel Kraft in Abstimmungsprozessen, im Streit um Geld und Kompetenzen zu lassen. Das Selbstverständnis der einzelnen Verbände sollte differenziert aber nicht konträr sein.

Matthias Gehlhar, Rundschau Redaktion



*von rechts oben nach links unten:
Frau Coenen-Marx von der EKD
Arbeitsergebnisse des Nachmittags
Frau Kramer und Herr Künkler vom BVEA e.V.
Herr Punke und Herr Kleine von Handwerk und Kirche
Herr Dr. Homrichhausen, Herr Bieletzki und Frau Kramer vom BVEA e.V.
Herr Janowski und Herr Klatt vom KDA
Herr Schnier und Herr Grunder von der BAG Handwerk und Kirche.*

Veranstaltungen

Ein Abo passt immer noch unter den Baum!

Im Namen des BVEA Vorstandes, der Redaktionskonferenz und des Fördervereins wünschen wir allen Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes Jahr 2011.

Das bundesweite Aushängeschild der Evangelischen Arbeitnehmerarbeit ist unsere Rundschau. Wir möchten, das dies auch in Zukunft so bleibt. Der Jahresabopreis allerdings wird sich aus organisatorischen Gründen geringfügig um einen Euro erhöhen.

Wir benötigen aber weitere Abonnenten!

Weisen sie in ihrem Freundeskreis auf die Informationsmöglichkeit hin, schauen sie sich im Internet www.BVEA.de die letzten Ausgaben an, nutzen Sie die Zeitschrift um in Gremien für unsere Ideen zu werben.

Rundschau Evangelischer Arbeitnehmer
Alfredstr. 53, 45130 Essen
Tel.: 0201 770392

Die Rundschau Redaktion

BVEA
Rundschau
Zeitschrift des
Bundesverbandes
Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
27. Jahrgang, Heft 3
Dezember 2010

Titel: Elke Lartz; **Layout:** Matthias Gehlhar
Fotos: Elke Lartz, EKD, KAB, Jochen Kresse, Dieter Schaper, Jürgen Lorke, Michael Polacek, Publik Forum, ver.di, afa Bayern, Eva-Maria Kramer, Matthias Gehlhar, Publik-Forum

Selbstverlag: Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. **Abadresse:** Alfredstr. 53, 45130 Essen, Tel.: 0201 770392

E-Mail: bvea@bvea.de, **Internet:** www.BVEA.de
Herausgeber: Werner Künkler, Stv. Bundesvorsitzender des BVEA. **Mitarbeiter der Redaktion:** Wolfgang Schifner, Bonn; Helmut Faber, Oberhausen; Eva-Maria Kramer, Amelinghausen; Michael Polacek, Essen; Günther Freudenberg, Braunschweig; Matthias Gehlhar, Berlin; Dr. Gerhard Kühlewind, Nürnberg

Konto des BVEA: Bank f. Kirche u. Diakonie, Konto-Nr. 1566543016, BLZ 35060190.

Die RUNDSCHAU DER EVANGELISCHEN ARBEITNEHMER erscheint dreimal im Jahr zum Jahresbezugspreis von 9,- Euro; Einzelnummern 4,- Euro zuzügl. Porto. Die Rundschau der Evangelischen Arbeitnehmer dient zur Information der Mitglieder in Vereinen der Evangelischen Arbeitnehmerbewegung (EAB), sowie den Landesverbänden der Evangelischen Arbeitnehmerschaft (afa/EAN) und gleichartigen Einrichtungen. Beiträge mit Namensangaben stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Termine und Seminare aus dem Bundesverband -Auszüge-

BVEA

5.2.2011 Bad Honnef
ACA Wahlkampfauftaktveranstaltung zu den Sozialwahlen 2011

im April

Delegiertenversammlung BVEA und Neuwahlen und Satzungsänderung Förderverein Neuhof/Fulda

EA Berlin

6. 12. 2010
Weihnachtsfeier St. Lukas Gemeinde Berlin Steglitz
1.5.2011 Tag der Arbeit: Arbeitnehmergottesdienst

eag-Bayern

26. Februar Tagesveranstaltung zum Thema: Sozialwahlen in Regensburg

26. Februar Kooperationstagung des EAG Bezirks Oberbayern mit KDA und afa München in München

19./20. März Delegiertenversammlung in Nürnberg
08. Oktober „Sozialpolitischer Arbeitnehmertag“

18./19. November Jahresabschluss-tagung in Beilngries-Paulushofen

ESA Württemberg

Samstag 22.01.
Klöster, Pfleghöfe und der Wein
Historische Begegnungen in Esslingen Stuttgart

Mittwoch 16.02.

Daimlerstadt Schorndorf
Betriebsbesichtigung bei Bauknecht
Historische Stadtführung Schorndorf

Samstag 19.03. ESA Aktuell
- Parteien vor der Wahl
Mitgliederversammlung „Hirsch“ Grunbach

Samstag 16.04. ESA Kultur
Theaterabend in Stuttgart

18.05. bis 22.05.
ESA Bildungsfahrt nach Budapest
Erkunden Sie mit uns die ungarische Hauptstadt und seine Umgebung.
Samstag 02.07.
ESA Sommerwanderung
4 Burgen Rundwanderweg in Stuttgart-Mühlhausen
Wanderzeit ca. 3 Std. - 10 km

Samstag 17.09. Biosphärengebiet Schwäbische Alb Besichtigen Sie mit uns den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

Dienstag 25.10. Synagoge in Stuttgart Religion, jüdisches Leben und Kultur in Stuttgart mit Rachel Dror Stuttgart

Samstag 03.12. ESA Aktuell
Thema wird noch festgelegt
danach Weihnachtsfeier „Hirsch“ Grunbach

RAKÜ Hamburg

18.-20.2.2011
Kloster Meding Bad Bevering
Migration - Integration

EA Braunschweig

3.-10.6. 2011 auf Baltrum
Kirche-Wirtschaft- Gerechtigkeit

EAB NRW

Themen für Wochenendseminare
1. Spendengelder Kirchensteuer-wofür werden sie verwendet?
2. Finanzplanung für Senioren
3. Die neue Armut in Deutschland Arbeitslosengeld II
4. 1 Jahr Minderheitsregierung in NRW - Fluch oder Segen?
5. Erneuerbare Energien - Windkraft
6. Die Kinder von Tschernobyl in Scharendijke
7. Energieeinsparungen im Haushalt
8. Weltkulturerbe Ruhrgebiet - eine kritische Betrachtung

EA Baden

28.-30.01.11 Familientagung
Leistung und Chancengleichheit – Illusion oder Möglichkeit“, Schwarzwaldhotel Hohrirt, Sasbachwalden

11.-13.02.11 ean Tagung in Bad Herrenalb

Mystik – Lebenshilfe für Heute!
Ort: Evang. Akademie Bad Herrenalb

21. ean Fahrradtour
Meppen / Emsland



Nicht nur ein Kindertraum

Es fliegt ein kleiner Kindertraum
durchs offene Fenster - in die Nacht,
verirrt sich in dem Apfelbaum,
der räkelt sich im Schlaf - und lacht.
Schon ist er um die nächste Ecke
und gleitet über unsere Stadt,
verstreut den Duft der Rosenhecke,
die er im Flug gestreichelt hat.
Und flüsternd kommt er mit dem Winde,
da lösche ich ganz schnell das Licht,
vielleicht malt er heut' meinem Kinde
ein kleines Lächeln aufs Gesicht.
Es gibt so viele schöne Träume,
die jeder hat auf dieser Welt,
von Frieden, Liebe und von Güte,
von einem Gott, der Alle hält.
Wir bilden lange Lichterketten
für Menschen, die so anders sind,
wenn wir im Herzen Wärme hätten

und Mut und Kraft - so wie der Wind,
es wäre leicht uns zu vereinen
und zu beenden Krieg und Not,
die Kinder müssten nicht mehr weinen,
ein Jeder hätt' genügend Brot.
Sind wir nicht alle Gotteskinder,
ob schwarz, ob weiß, ob groß, ob klein?
Lasst uns doch nicht nur immer träumen,
lasst uns wie Schwestern - Brüder sein.
Wir wollen hier nach Frieden streben,
in Güte teilen Hab und Gut.
Ach, Mensch, wach auf - Du kannst viel
geben,
Du brauchst dazu nur etwas Mut,
denn was Du gibst bekommst Du wieder,
und wenn es nur ein Lächeln ist.
Versuch es heut' - und immer wieder,
versäum' nicht Deine letzte Frist.

Rainer Weckeck, EAB Oberhausen